

Erkaltete Asche

Die radikale Linke in ihrer
niedersächsischen Hochburg

Matthias Micus

Dieser Text ist eine gekürzte Version des Aufsatzes „Unterm Brennglas – Facetten des linken Radikalismus in Göttingen“, der voraussichtlich Ende 2020 erscheint. Vgl.: Micus, Matthias; Pflücke, Tom; Scharf, Philipp: Unterm Brennglas – Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander; Gmeiner, Jens; Schenke, Julian; Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem: Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2020, S. 225–270.

Die Sicherheitsbehörden verbreiten alarmierende Botschaften. Neben den rechtsextremistischen Straftaten sei, so der Verfassungsschutz, besonders die Zahl linksextremistischer Vergehen in Deutschland im Jahr 2019 deutlich gestiegen. Mehr als 6.400 Taten von Linken hat der Dienst nach eigener Aussage registriert, was einem Plus gegenüber dem Vorjahr von spektakulären vierzig Prozent entspricht – wobei sich die Gesamtzahl im Vergleich zu den mehr als 22.300 Taten mit rechtsextremistischem

Hintergrund freilich einigermaßen bescheiden ausnimmt.¹

Sorgen bereiten den Behörden nicht allein die nackten Zahlen. Im Zuge ihres „antifaschistischen Kampfes“, sekundiert das Bundeskriminalamt, hätten sich Teile der äußersten Linken darüber hinaus bedenklich radikalisiert. Infolgedessen sei die Ablehnung von Gewalt gegen Menschen brüchig geworden, könne bei körperlichen Übergriffen gegen politische Gegner auch ein „Tötungsvorsatz“ mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen werden. Das BKA stützt sich auf ein vertrauliches Lagebild, demzufolge die Übergriffe auf Rechtsextremisten seit Anfang 2019 eine „neue Qualität“ erreichen und insbesondere die Autonomen so kompromisslos wie enthemmt agieren würden, weshalb in Einzelfällen auch „von einem bedingten Tötungsvorsatz“² auszugehen sei. Hans-Gerd Jaschke schließlich, Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin und grundsätzlich kein reaktionärer Eiferer, spricht gar von einer neuen Form von „Militanz, die eine gewisse terroristische Qualität entwickelt“³ habe und auf die Staat und Gesellschaft sowohl repressiv als auch präventiv zu reagieren hätten.

Was nun für die radikale Linke allgemein gilt, sollte sich in ihren universitätsstädtischen

Zentren wie unter einem Brennglas gebündelt zeigen. Eine solche Hochburg dürfte Göttingen zweifelsohne sein, wofür sich zahlreiche Indizien finden lassen. So erklärte im Mai 2013 der damalige Göttinger Polizeipräsident Robert Kruse in Bezug auf die Stadt und den Landkreis Göttingen, dass dieser Bereich – im Übrigen „nach wie vor“ – einen regionalen Brennpunkt linksmotivierter Straftaten in Niedersachsen darstelle. Zwar habe die Zahl der Delikte von 112 im Jahr 2011 auf 96 im Jahr 2012 abgenommen, dennoch sei dies niedersachsenweit unverändert der höchste Wert aller Polizeiinspektionen. Selbst in der Großstadtregion Hannover habe es mit 67 Straftaten deutlich weniger linksmotivierte Delikte gegeben als in Göttingen.⁴ Weiterhin schrieb im Juli 2017 die Süddeutsche Zeitung, die „Universitätsstadt in Niedersachsen“ sei „seit Jahrzehnten ein Kampfplatz“ zwischen staatlichen Behörden und linken Radikalen. Die „aus dem Widerstand gegen Gorleben oder Brokdorf“ gewachsene „autonome Szene“ erschien dem Blatt derart stark, dass sie Göttingen in ihrem unter dem Eindruck der Krawalle beim G20-Gipfel in Hamburg verfassten Artikel als deutsche „Hochburg der Autonomen“⁵ in eine Reihe mit Hamburg, Berlin und Leipzig stellte.

Mithin: Schon ein derart cursorischer und flüchtiger Blick auf die Geschichte der südniedersächsischen Stadt mit ihrer radikalen Linken, die zwar ihre Gruppennamen und Organisationsstrukturen, ihre Aktionsformen und Kleidungs-codes beständig wechselt und insgesamt in einer verwirrenden Vielfalt oftmals kleinster, bisweilen allenfalls noch spora-

1 O. V.: Mehr Extremisten in Deutschland, in: Tagesschau.de, 30.07.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-extremismus-101.html> [eingesehen am 07.08.2020].

2 O. V.: Linksextremisten gehen brutaler gegen politische Gegner vor, in: Die Welt, 07.08.2020, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article213107488/BKA-Linksextremisten-gehen-gewalttaetiger-gegen-politische-Gegner-vor.html> [eingesehen am 08.08.2020].

3 O. V.: Extremismus: Wie stellen sich Linksradikale eine Gesellschaft vor?, in: WDR, 30.07.2020, URL: <https://www1.wdr.de/nachrichten/linksradikale-ziele-und-gewaltbereitschaft-100.html> [eingesehen am 08.08.2020].

4 Polizeidirektion Göttingen: Anstieg von rechter und linker Gewalt/ Polizeidirektion Göttingen veröffentlicht Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität, Pressemitteilung, 08.05.2013, in: [goettinger-tageblatt.de](https://www.goettinger-tageblatt.de) URL: <https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Mehr-linke-Gewalt-in-Goettingen> [eingesehen am 24.11.2019].

5 Schneider, Jens et al.: Die Hochburgen der Autonomen, in: Süddeutsche Zeitung, 13.07.2017.

disch aktiver Zusammenschlüsse schillert, aber über alle Wechselfälle des politischen Lebens hinweg an ihrer Grundorientierung auf Klassenkampf, Revolution, Kommunismus festgehalten hat – schon eine dermaßen oberflächliche Draufsicht also auf den hiesigen Linksradikalismus lässt die Rede von Göttingen als einer linksradikalen Hochburg berechtigt erscheinen.

Doch stimmt das? Betrachten wir zu diesem Zweck beispielhaft drei Protestmomente näher, die für Göttingen in der Vergangenheit bedeutsam und jeweils durch einen hohen Grad von Militanz gekennzeichnet waren: die Anti-AKW-Bewegung ab Mitte der 1970er Jahre, die Hausbesetzungen zu Beginn der 1980er Jahre und den autonomen Antifaschismus in den ausgehenden 1980er und frühen 1990er Jahren.

Die harten Bandagen bundesrepublikanischer Militanz

Die Göttinger Anti-AKW-Aktivisten erarbeiteten sich in den späten 1970er und frühen 1980er bis weit über die Stadtgrenzen hinaus eine durchaus prominente Stellung in der Gesamtbewegung. Dies lag auch an der 1977 vom Arbeitskreis gegen Atomenergie gegründeten Zeitschrift *Atom Express*, in dessen Redaktion es nicht selten turbulent zuging aufgrund von Streitigkeiten, die u. a. aus Personalwechseln, Klagen über „Macker-Strukturen“ und gestörten politischen Diskussionen resultierten.⁶ Der *Atom Express* war ein meinungsbildendes Periodikum⁷ in der Anti-AKW-Bewegung und zeitweise ihre „größte und einflussreichste Pub-

likation“⁸, was die bewegungsinterne Rangstellung der Göttinger hob und festigte.

Im März 1977 kam es in Grohnde, an der Weser gelegen, rund 85 km von Göttingen entfernt, zur „bis dahin militantesten Großaktion der Bewegung“⁹, nachdem schon zuvor die Demonstrationen in Brokdorf zwischen Ende 1976 und Anfang 1977 als „Gründungsereignis“ für den militanten Protest der Neuen Linken gegen Atomkraftanlagen und deren Bauplätze gewirkt hatten. Diese „bisher härteste Schlacht um ein Kraftwerk“, so der Spiegel, geriet zu einem „bösen Massaker“.¹⁰ Beide Seiten, Polizei und Demonstranten, so die Erinnerung eines Göttinger Aktivisten, hätten in einem bisher nicht gekannten Maße Gewalt angewendet.¹¹

Während im Nachhinein nicht unumstritten blieb, welche ML-Gruppierung maßgeblich dafür verantwortlich zeichnete,¹² steht fest, dass der Angriff auf die schwer befestigte Baustelle akribisch vorbereitet, professionell koordiniert und diszipliniert ausgeführt wurde. Um abermals den Spiegel zu zitieren: „So militärisch perfekt wie die Orders waren auch Gerät und Gehabe der Angreifer beim Versuch, den Bauplatz zu okkupieren. Uniformiert mit gelbem Ölzeug, das Kennzeichen ihrer Einheit auf dem Rücken („Bi 5“, „H 1“), Plastik- oder Stahlhelm auf dem Kopf, Gasmasken, zumindest Taucher- oder Schwimmbrille vor dem Gesicht, Schutzschilde aus Holz, Plastik oder Mülltonnendeckel in der einen, Knüppel, Spitzhacken, Beutel mit

6 Vgl. o. V.: In eigener Sache – gibt es den *Atom Express* noch?, in: *Atom Express*, H. 16/1979, S. 3.

7 Vgl. Reichardt, Sven: *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014, S. 167.

8 Paul, Reimar: In Bewegung. 1976 bis 1984. Turbulente Jahre in Göttingen, Göttingen 2018, S.60.

9 Redaktion *Atom Express* (Hrsg.): ...und auch nicht anderswo!. Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997, S. 57.

10 O. V.: Böses Massaker, in: *Der Spiegel*, 28.03.1977.

11 Vgl. Paul: In Bewegung, S. 44.

12 Der KB reklamierte die führende Rolle für sich. Vgl. Steffen, Michael: *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1970–1991*, Marburg 2002, S. 187.

Steinen oder nur ein Walkie-Talkie in der anderen Hand, rückten sie gegen das Objekt vor. Dort angelangt, lief alles wie eintrainiert: Ganz vorn die ‚Knabberer‘ (Polizei-Ausdruck) machten sich mit Schweißbrennern und elektrischen Stahlsägen ans Werk, die ‚Eindringgruppen‘ dahinter schmissen Wurfanker an Seilen auf den Bauzaun, den ‚Feuerschutz‘ besorgten Trupps im dritten Glied mit Steinwürfen.“¹³

In Grohnde hatten die auswärtigen, nicht zuletzt aus dem südniedersächsischen Göttingen angereisten Radikalen Anfang 1977 das Heft des Handelns an sich gerissen. Ob durch die Unterwanderung der Bürgerinitiative vor Ort, wie der niedersächsische Verfassungsschutz behauptete, oder durch minutiöse Vorfeldabsprachen, die es ihnen erlaubten, die Demonstration am 19. März 1977 – eine Demonstration, die besonders gewalttätig verlief und als „Schlacht um Grohnde“ in die Geschichtsbücher einging – nach ihren Vorstellungen zu steuern, sei einmal dahingestellt.

Der Radikalismus war in den 1970er Jahren in der Anti-AKW-Bewegung wesentlich städtisch, jung und akademisch – und für die Universitätsstadt Göttingen galt das Übergewicht formal hochgebildeter Aktivisten erst recht. Es ist augenfällig, wie sehr Universitäts Hörsäle ebenso wie der geisteswissenschaftliche Campus als Veranstaltungsorte der Anti-AKW-Bewegung genutzt wurden. Ein sprechender Hinweis auf die Rolle linker Studierender in der Anti-AKW-Bewegung im Jahr 1977 war beispielsweise die Solidaritätsadresse des Protestcamps an Pfingsten in Grohnde für den Göttinger AStA, der zu dieser Zeit nicht nur wegen der Mescalero-Affäre – also dem öffentlichen Aufschrei über den unter dem Pseudonym Mescalero in der AStA-Zeitung *göttinger nachrichten* publizierten Nachruf auf Siegfried Buback – unter Druck stand, sondern außerdem eben

auch wegen seiner Demonstrationsaufrufe nach Brokdorf und Grohnde.¹⁴

Auch im Göttinger Häuserkampf wurde wenige Jahre später mit harten Bandagen gekämpft. Jedenfalls: Mit dem anfänglichen Häuserkampf-Modus des kommunalpolitischen Arrangierens eher denn radikalen Systemoppo- nierens und des Bewahrens über Jahrhunderte gewachsener Baustruktur eher denn freudigen Begrüßens progressiven Städteumbaus war es im Oktober 1980 endgültig vorbei. Der Göttinger Häuserkampf flammte militant auf, als zu Beginn des Wintersemesters in der Alten Mensa die „Bunte-Liste-Initiative“ ein Solidaritätsfest unter dem Motto „Dach überm‘ Kopf“ veranstaltete. Auf diesem habe das Gerücht einer Hausbesetzung die Runde gemacht – bis hin zur Polizei, die daraufhin die Veranstaltung observierte.¹⁵ Darüber entstandener Missmut unter den Feiernden äußerte sich in einem kurzerhand umgeworfenen Streifenwagen, was wiederum das rabiate Eingreifen der Sicherheitsbehörden provozierte. Diese und weitere Scharmützel mit der Polizei hatten keinen geringen Anteil daran, dass die Häuserkämpfer von staatlicher Seite als zunehmend gewaltbereit qualifiziert und – oft undifferenziert – kriminalisiert wurden. In der Nacht besetzten dann etwa 200 Personen die alte Zahnklinik in der Geiststraße.

Als am Abend des 19. Oktober 1980 die Räumung bevorstand, glich „die Szene [...] einem Bürgerkriegsmanöver“¹⁶. Höhepunkt der Es-

13 O. V.: Böses Massaker.

14 Vgl. Walter, Franz: Fluch der klammheimlichen Freude. Die Mescalero-Affäre 1977, in: Nentwig, Teresa/Walter, Franz (Hrsg.): Das gekränkte Gänseliesel, Göttingen 2016, S. 215–227; Paul: In Bewegung, S. 58.

15 Vgl. o. V.: Dokumentation – ein halbes Jahr Abriss- und Polizeistadt Göttingen, Göttingen o. J., S. 3, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/BRS/Goettingen_Hausbesetzung_1980-1981.shtml [eingesehen am 24.07.2019].

16 O. V.: ...sonst gibt es keine Ruhe mehr!, in: Göttinger Stadtzeitung, November 1980, S. 19.

kalation war eine „Scherbendemo“ durch die Innenstadt.¹⁷ Diese zweifelsohne neue Militanzqualität in der Göttinger Häuserkampfzene während der Besetzung der Zahnklinik stieß in der Folge auf „heftige Reaktionen“ der „bürgerlichen Öffentlichkeit“¹⁸ und vertiefte die Spaltung und Fraktionierung innerhalb der Göttinger Häuserkampfzene entlang der Linien Gewaltakzeptanz und Verhandlungsbereitschaft.

In einer Zeit, in der „neue Praxen des Dagegens“¹⁹ entwickelt wurden und auch in Göttingen die sukzessive Zunahme einer konfliktorientierteren Partizipationskultur und damit zusammenhängend ab spätestens 1979/80 das Aufkommen deutlich veränderter Protestformen sich beobachten ließ, war der Typus des autonomen Häuserkämpfers als Teil der linken militanten Szene der neue prägende Akteur auf der Bühne. Er handelte nicht nur um der spontanen Besetzung willen, er suchte die Konfrontation mit der Polizei regelrecht als Selbstzweck, Gewaltbereitschaft gehörte wesentlich zu seinem Selbstverständnis. Damit rückte ein Teil der Göttinger Häuserkampfzene vom kommunalpolitischen Ziel der Wohnraumerhaltung ab und verstand Häuserkampf von nun an als systemoppositionelles und kompromissloses Handeln um „Aktionsraum“²⁰, das allein dem Imperativ des Selbstreferenziellen, des Selbstzweckes, ja der Gewalt zu unterliegen schien.

Dabei eskalierten Protestaktionen auch (oder gerade) damals nicht selten durch unverhält-

nismäßig rabiate oder gewaltsame Polizeieinsätze.²¹ Der Anstieg des Gewaltniveaus zwischen der Polizei und dem militanten Teil der Göttinger Häuserkampfzene erreichte seinen Gipfelpunkt schließlich zu Silvester 1980/81, als es in der Friedrichstraße zu schweren Ausschreitungen kam, nach Ansicht des Göttinger Blick sogar die „schwersten Krawalle der Nachkriegsgeschichte“ in Göttingen.²² Am Beispiel Friedrichstraße lässt sich gut veranschaulichen, wie es innerhalb der Häuserkampfzene aussah: die dortige Wohnraumbesetzung sei dominiert gewesen von „Autonomen“ und „Antiimperialisten“ mit „fließenden Grenzen zum RAF-Umfeld“, die die „militärische Konfrontation“ mit der Stadt gesucht und Militanz als Ziel und Selbstzweck verstanden hätten.²³

Autonome und Postautonome

Als eine Hochphase der Göttinger autonomen Szene – deren Aktivisten in einer lockeren Traditionslinie stehen, die vom antiautoritären Flügel des SDS über die undogmatischen Basisgruppen, die Spontis, Anarchos und am italienischen Operaismus orientierten Gruppierungen bis hin zu den „Nichtverhandler“-Fraktionen der Hausbesetzerbewegung und dem militanten Flügel der Anti-AKW-Bewegung in den 1970er Jahren reicht – werden gemeinhin die späten 1980er Jahre angesehen, mit Ausläufern in die anschließende Dekade hinein. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gab es in Göttingen vermehrt Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen, autonomen Antifaschisten und der Polizei. Die Autonomen erregten durch militantes Gebaren, Schwarze Blöcke oder die bereits erwähnten „Scherben-

17 Vgl. die Beschreibung der Szene bei Paul: In Bewegung, S. 161.

18 Ebd.

19 Vgl. Saldern, Adelheid von: Integration und Fragmentierung in europäischen Städten. Zur Geschichte eines aktuellen Themas, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 46 (2006), S.3–60, hier S. 16.

20 Vgl. Strauß, Daniel: Wohnraum kontra Aktionsraum. Der Häuserkampf in Göttingen, in: Horn, Sabine et al. (Hrsg.): Protest vor Ort. Die 80er Jahre in Bremen und Göttingen, Essen 2012, S. 251–288, hier S. 286 f.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. o. V.: Acht Tage nach den blutigen Krawallen: Vieten gerät unter politischen Druck. Regierung greift ein!, in: Göttinger Blick, 08.01.1981.

23 Vgl. Paul: In Bewegung, S. 185.

demos“, also Demonstrationen, bei denen planvoll Sachschäden verursacht und vorzugsweise Schaufensterscheiben eingeworfen werden, dabei nicht nur niedersachsen-, sondern bundesweit Aufmerksamkeit.²⁴

Seit 1990 – mittlerweile waren die Nachteile des autonomen Politikverständnisses hinreichend deutlich geworden, vor allem die geringe organisatorische Kontinuität und personelle Bindekraft der Szene, der auch daraus resultierende permanente Verlust von Erfahrungswissen, dessen Folge wiederum sich ständig unproduktiv im Kreis drehende Diskussionen waren, sowie der strategisch wirkungslose Symbolcharakter autonomer Demonstrationspolitik – warb dann an führender Stelle die Autonome Antifa (M) aus Göttingen für eine Neuausrichtung autonomer Politik.²⁵ Die Bestrebungen u. a. der Antifa (M) mündeten 1992 in dem Bündnis AA/BO, Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation. Die AA/BO betrieb eine Bündnispolitik in die Mitte der Gesellschaft und eine aktive Medienpolitik, um über die engen Szenegrenzen hinaus auszustrahlen – und stellt insofern einen Vorläufer der zwei post-autonomen Bündnisse dar, die heute zu den zentralen Akteuren des autonomen Linksradikalismus gezählt werden: Die Interventionistische Linke (IL) und das „umsganze“-Bündnis.

Mit ihrer Ablehnung geschlossener Großtheorien, ihrer Aktionsorientierung und Selbstverwirklichungsmaxime stehen die (Post-)Autonomen von allen ihren Vorläuferströmungen am stärksten in der Tradition der undogmatischen Spontis der 1970er Jahre. Das gilt nicht zuletzt auch für die Neigung beider Ausdrucksformen

des linken Radikalismus, gezielt die vorgegebenen Regeln zu brechen, die direkte Konfrontation mit der Staatsgewalt nicht zu scheuen und der disziplinierten, in Reih und Glied geordneten Massendemonstration dem unberechenbaren Formenreichtum einer unkoordinierten Kleingruppentaktik vorzuziehen. Infolgedessen galten (und gelten) die Spontis wie später die Autonomen als Matadore eines aufständischen Anarchismus, auch Insurrektionalismus genannt, und mithin der linken Militanz.

Revolutionäre Asche statt insurrektionalistischer Glut

Von dem Göttinger Ableger der Spontis, der „Bewegung undogmatischer Frühling“, kurz: BUF, gibt es nun ein interessantes Dokument, welches in seinem Erscheinungsjahr 1977 deutschlandweit eine enorme mediale und politische Resonanz erzeugte und das nicht zuletzt aufschlussreiche Passagen zum Gewalt- und Militanzverständnis enthält. Es handelt sich um den Nachruf des Mescaleros alias Klaus Hülbrock auf den zuvor von der Roten Armee Fraktion (RAF) erschossenen Generalbundesanwalt Siegfried Buback.²⁶ So kritisiert Hülbrock die Delegitimierung linker Radikalität durch die Mordanschläge der RAF, die wie eine Aufstandsbekämpfung „andersherum“ wirken würden, da sie die Gegenseite zu umso härterem Vorgehen gegen linke Systemkritiker veranlassten und einen „unfreiwilligen Beitrag dazu [leisteten], sie fertig zu machen“. Er beschreibt sodann die selbsterstörerischen Dynamiken des Lebens im Untergrund, ständig gejagt und gesucht, „abgeschnitten von alltäglichen persönlichen und politischen Zusammenhängen“, zu ständiger Konspirativität gezwungen, selbst die simpelsten Gewohnheiten,

24 Vgl. Hoeft, Christoph/Rugenstein, Jonas: „Göttingen Bullenstadt, wir haben dich zum Kotzen satt.“ Die JuZI-Razzia vom Dezember 1986 und ihre Folgen, in: Nentwig/Walter (Hrsg.): Das gekränkte Gänseliesel, S. 250–261, hier S. 251.

25 Vgl. f.e.l.s.: Heinz-Schenk-Debatte, URL: <http://fels.nadir.org/de/heinz-schenk> [eingesehen am 13.12.2019].

26 Hierzu und im Folgenden Agnoli, Johannes et al. (Hrsg.): „Buback – ein Nachruf“, Juni 1977, URL: https://socialhistoryportal.org/sites/default/files/raf/0019770519_0.pdf [eingesehen am 11.01.2020].

wie einkaufen gehen, Müll wegbringen, Filme schauen, sind mit dem Risiko der Enttarnung und Verhaftung verbunden.

Damit einher gehe die Verengung des Denkens auf „Logistik und Ballistik“ und eine Enthumanisierung der Akteure, die doch ursprünglich durch die Empörung über allfällige Ungerechtigkeiten in den Untergrund gegangen sind, nun aber bei ihren Anschlägen nicht zuletzt „in Kauf nehme[n], daß auch ein anderer dabei draufgeht, ein dritter vielleicht querschnittsgelähmt sein wird etc.“ Für die radikale Linke konstatiert Hülbrock vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit, den Zusammenhang von Zielen und Mitteln immer im Blick zu behalten – und wiederholt damit ein Argument der Apologeten des gewaltlosen Widerstands, die auch schon zu jener Zeit mit Vorliebe darauf verwiesen, dass eine gewaltfreie Zukunftsgesellschaft sich nicht gewaltvoll gleichsam herbeibomben ließe. Als tödliche, Menschenleben riskierende Gewalt versteht Hülbrock linke Militanz mithin nicht, der „Weg zum Sozialismus“ dürfe „nicht mit Leichen gepflastert werden“.

Hülbrocks Buback-Nachruf dürfte ein Schlüsseldokument des Gewalt- und Militanzverständnisses der Spontis und Autonome wie Postautonome verbindenden militanten Linken seit den ausgehenden 1970er Jahren sein. Wenngleich die seither dominante Bestimmung von Militanz in der radikalen Linken eine terroristische Gruppe wie die RAF in ihre Versuche der Traditionsbildung regelmäßig mit einbezieht und sich hieran wie auch andernorts die Sogwirkung des noch Radikaleren auf Radikale und die zumindest verbale Bewunderung der Letzteren für die Ersteren zeigt, jene also, die bis zum Äußersten gegangen sind und für den linken Kampf ihre Zukunftsperspektiven und oftmals auch ihre Leben geopfert haben.

Solcherart Empfindungen dürften auch die Aktivisten der Göttinger postautonomen Gruppe Antifaschistische Linke International (A.L.I.) bewegt haben, als sie im Jahr 2017 aus Anlass des 40. Jahrestages der „Offensive

77“ – gemeint sind die Morde an Buback, dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank Jürgen Ponto und dem Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer sowie die Entführung der Luft-hansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu – auf ihrer Website einen Text mit dem Titel „Die RAF ist Teil unserer Geschichte“ verlinkten.²⁷ Hierin heben sie „unsere Verbundenheit mit den GenossInnen der RAF“ hervor, sehen sich im Kampf gegen den früher wie heute gleichen Staat „auf der gleichen Seite der Barrikade“ stehend und „verneigen“ sich „vor den GenossInnen, die in diesem Kampf ihr Leben gegeben haben“.

Als besonders vorbildlich erscheint jenen, die bei aller Radikalitätsromantik diese Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst nicht aufbringen, die „konsequente Haltung“ der RAF-Mitglieder, die „bewusst das Angebot der privilegierten Teilhabe im imperialistischen Zentrum ausgeschlagen [haben]“ und den „Bruch mit diesem System eingegangen [sind]“. Pathetisch heißt es: „Ihr Opfer galt auch unserer Befreiung. Das werden wir niemals vergessen.“ Und geradezu ölig salbungsvoll: „Der Kampf geht weiter!“, auch im Original mit Ausrufezeichen.

Zugleich betont aber auch die A.L.I., dass die RAF mit ihrer „Blutsfehde“ gegen die Bundesrepublik „gescheitert“ sei, als „Impulsgeber und Schutz für Bewegung auf der Straße“ versagt habe und sie „ihrer eigenen Theorie nicht gerecht“ geworden wäre. „Theorie und Praxis der RAF“ seien deshalb „nicht die unseren“. Obendrein wirft die A.L.I. selbst in diesem schwülstig triefenden Text das unverändert fortbestehende Problem der „Frage der Mittel“ auf, deklariert auch sie, dass der Zweck die Mittel nicht heiligt und erkennt den „Widerspruch zwischen dem Ziel einer gewaltfreien, befreiten

27 Hierzu und im Folgenden Antifaschistische Linke International (A.L.I.): Die RAF ist Teil unserer Geschichte, URL: <https://www.inventati.org/ali/index.php/archiv/solidaritaet/2024-die-raf-ist-teil-unserer-geschichte.html> [eingesehen am 23.02.2020].

Gesellschaft und der zu ihrer Errichtung notwendigen Gewaltausübung“.

Sowieso gilt: Wenn Militanz im engeren Sinne nicht nur eine geheime Vorbereitung der gruppenbezogenen Unternehmungen impliziert und allerlei Schutzvorkehrungen gegen Spitzel; wenn sie vielmehr eine streng hierarchische Gliederung voraussetzt und eine strikte Ausrichtung an Befehls-Gehorsams-Verhältnissen in einer regelrechten Guerilla-Organisation; wenn sie die so agierenden Gruppen jede Offenheit für Kritik und Entscheidungsfindungen von unten nach oben einbüßen lässt und den involvierten Einzelnen jeder Möglichkeit beraubt, aus der militanten Organisation im Fall von unüberbrückbaren Differenzen wieder auszutreten, da jeder Abtrünnige aus Sicherheitsgründen als potentieller Verräter betrachtet und behandelt werden muss; und wenn dieser aus Sicherheits- und Verfolgungsgründen gruppenintern ebenso radikale wie inhumane Umgang miteinander im Fall des Verdachtes auf Verrat oder Befehlsverweigerung die bloße Alternative Freispruch oder Todesstrafe lässt, geurteilt von als „Militärgericht“ selbstdeklarierten Gruppenausschüssen – wenn dies oder Ähnliches, wie der Politikwissenschaftler Theodor Ebert definiert hat, eine gewaltausübende militante Organisation kennzeichnet, dann sind alle gegenwärtig bestehenden Göttinger Gruppen denkbar weit davon entfernt, systematisch gewalttätige Zusammenschlüsse zu sein.²⁸

Das bedeutet dann aber, dass die oft beschriebenen Folgen der Gewaltanwendung für die Aktivist*innen der gewaltausübenden Gruppe – als da wären die der Gewalt notwendig zugrundeliegende Verabsolutierung des eigenen Standpunktes als richtig, die Überzeugung, selbst ebenso vollständig im Recht zu sein wie der Gegner im Unrecht, ebenso wie die aus der Gewaltausübung resultierenden „pathologischen

Lernprozesse“, welche zur Ausblendung wichtiger Informationen und perspektivisch zur Gewaltanwendung nicht bloß gegen ausgemachte Gegner, sondern auch gegen „sympathisierende Kritiker“ führen – vermutlich auf die Göttinger Gruppen der radikalen Linken nicht oder doch nur sehr eingeschränkt zutreffen.

Annahmen dieser Art zur nurmehr eingeschränkten Militanz, ja Militanzfähigkeit, der radikalen Linken in der südniedersächsischen Universitätsstadt werden strukturell untermauert durch die gut ausgebaute Infrastruktur linker Projekte, auf welche die (post-)autonome Szene zurückgreifen kann. „Diese Orte“, so Florian Schmidt, „sind keine genuin autonomen Orte, die einfach aus losen Netzwerken entstehen und im Rhythmus der autonomen Bewegung mal hier auftauchen und dann wieder verschwinden. Sie sind zwar von einem subjektivistischen Politikverständnis geprägt, das den Wandel der Gesellschaft auch primär als Revolution des eigenen Lebensumfeldes versteht, aber das Militanz-Kriterium, das immer wieder als Charakteristikum der autonomen Bewegung angeführt wird“, werde von ihnen – und das gelte auch für die zentralen Szene-Orte wie das JuZI, den T-Keller und den Buchladen Rote Straße – „nicht erfüllt“.²⁹

Als mustergültiges Symbol für den Charakter des Göttinger Linksradikalismus dürften die Vorgänge rund um die Besetzung und Legalisierung des ehemaligen Gewerkschaftshauses in der Obere-Masch-Straße 10 genannt werden können – gerade auch vor dem Hintergrund der Geschichte des Göttinger Häuserkampfes. Am 5. November 2015 besetzte eine Gruppe von Aktivist*innen das Haus, um „praktische Solidarität“ mit jenen zu üben, „die auf der Suche nach menschenwürdigen Lebensbedingungen nach Europa geflohen sind“. In den Räumen des leerstehenden, aber im Besitz des DGB befindlichen Hauses wurden von den Aktivist*innen

28 Vgl. hierzu und im Folgenden Ebert, Theodor: *Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg*, Frankfurt a. M. 1970, S. 19 f.

29 Schmidt, Florian: *Die autonome Szene in Göttingen*, Göttingen 2018, unveröff. MS, S. 7 f.

ten Wohnmöglichkeiten und Treffpunkte eingerichtet, die Geflüchteten, welche in Göttingen gestrandet waren, eine Unterkunft bieten sollten. Statt in offener Feldschlacht, gewannen die Aktivist*innen das Gebäude kampfflos durch Spenden und Direktkredite, mit deren Hilfe sie es kauften.³⁰

Und auch die Uni als Zell- und Nervenkerne der Göttinger radikalen Linken ist längst nicht mehr das, was sie dereinst war, auch sie spiegelt den Wandel in dem Untersuchungsgegenstand dieses Beitrages. Zwar gibt es nach den Wahlen des Studentenparlaments (Stupa) an der Uni Göttingen aktuell wieder einen „linken“ AStA, von einer Dominanz linker politischer Gruppen kann dennoch im 21. Jahrhundert auch in Göttingen keine Rede mehr sein. Die mit weitem Abstand größte Einzelgruppe im Stupa stellt seit langem schon die ADF, die durch ihre Fachschaftenliste zwar nah an den Studierenden, insofern also basisnah, ist, sich ansonsten aber zu weltanschaulicher Neutralität und hochschulpolitischer Serviceorientierung bekennt.

Entsprechend wehmütig blickt der hier bereits mehrfach zitierte Reimar Paul auf die von ihm so empfundene Entpolitisierung der Göttinger Georgia Augusta. „Keine Wandzeitungen, keine Flugblattschlachten, keine Plakate an den Mauern, keine Agitation per Megafon mehr.“³¹ Statt die nächsten Schritte auf dem Weg zum Umsturz der herrschenden Verhältnisse zu planen, würden sich die Studierenden auf dem Campus in ihre Smartphones separierend vertiefen oder eine kurze Verschnaufpause einlegen zwischen zwei so begeisterungslos wie pflichtbewusst besuchten Seminaren zum Zweck möglichst effizient erworbener Kreditpunkte auf dem zielstrebig verfolgten Weg zum Hochschulabschluss. Im Zentralen Hörsaalgebäude

werde für „Events“ anstelle von Demonstrationen geworben, auf Postern, die im Unterschied zu früheren Zeiten nicht wild und wahllos auf- und übereinander geklebt, sondern ordentlich und „vorgabengemäß“ nebeneinander aufgehängt worden seien. Die Fachschaften schließlich würden ihre Rechenschaftsberichte aushängen, wo in den 1970er und 1980er Jahren Streiks und Vollversammlungen angeschlagen gestanden hätten.

In den letzten Jahren hat der Politikwissenschaftler Eitan Hersh wiederholt etwas beschrieben, das er „politischen Hobbyismus“ genannt hat und das sich auch auf den modernen Linksradikalismus nicht zuletzt in Göttingen münzen lässt.³² Politischer Hobbyismus meint – einerseits ganz allgemein, andererseits speziell auf unseren Untersuchungsgegenstand in diesem Text bezogen – ein politisches Engagement, das wie andere Hobbys auch gleichsam außerhalb des Erfahrungsbereiches des eigenen alltäglichen Lebens angesiedelt ist; meint Aktivitäten wie die Beteiligung an Petitionen, die man unterzeichnet, und die Verbreitung politischer Stellungnahmen die man in den sozialen Medien schreibt und teilt. Solchermaßen als Hobbyismus betrieben, ist Politik reiner Zeitvertreib. Mit Blick auf die radikale Linke und unter Bezugnahme auf innerlinke Kritiken an der Jagd nach Adrenalinschüben in der Straßenschlacht lässt sich politischer Hobbyismus als Praxis deuten, in der Aufregung, Spannung, Genuss gesucht und die Sehnsucht nach Aufruhr als Selbstzweck befriedigt wird. Es handelt sich hierbei um einen Linksradikalismus jenseits existenzieller Gründe und ohne wirkliche Veränderungsperspektive, ja sogar recht eigentlich ohne ernsthafte Veränderungsambition, mithin eine Verflachung des revolutionären Impetus und einen Linksradikalismus des kritischen Jungbürgertums beschreiben zu können, der sich – ganz im Wortsinne des Ho-

30 OMIO: Ein Jahr OMIO. Rückblick – Ist-Zustand – Ausblick, URL: https://omzehn.noblogs.org/?page_id=732 [eingesehen am 12.04.2018].

31 Hierzu und im Folgenden Paul: In Bewegung, S. 8.

32 Vgl. Hersh, Eitan: Politics is for Power. How to Move Beyond Political Hobbyism, Take Action, and Make Real Change, Scribner, New York 2020.

bbyismus – auf die Wochenenden beschränkt und zu einer Feierabend- und Freizeitpraxis gewandelt hat.

Eine ernsthafte, auf nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen und nicht nur situativen individuellen Lustgewinn abzielende politische Partizipation sieht so, jedenfalls Hersh zufolge, gerade nicht aus. Diese setze vielmehr die Bereitschaft zu längerfristig angelegter, hartnäckig und kontinuierlich betriebener Einmischung voraus, wie sie zum Ausdruck komme in dem Aufbau von und der Mitgliedschaft in politischen Organisationen, in der Entwicklung und Bewerbung konkreter gesellschaftlicher Gestaltungsvisionen und dem Streben nach Mehrheitsfähigkeit sowie der ausdrücklich ge-

wollten Einflussnahme auf die legislativen und exekutiven Entscheidungszentren – nach oben durch Information und Diskussion, um die bestehenden Eliten für ein Umdenken zu gewinnen, ebenso wie nach unten durch Protestartikulation und Mobilisierung, um die Eliten auszutauschen. All das, der Austausch mit den Mächtigen, der Eintritt in oder die Gründung von Parteien, die Teilnahme an Wahlen, die Öffnung zur Gesellschaft hin und die beständige Umsetzung perspektivischer Ziele, aber ist der militanten Linken und insbesondere ihren Kerngruppen aus dem autonomen wie post-autonomen Spektrum auch heute noch ein Gräuel, wenngleich bei letzterem etwas abgeschwächt.



Dr. Matthias Micus, geb. 1977, ist Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremisten in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.